

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Kernsprecher Nr. 55

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Kernsprecher Nr. 55

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 8.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weitest Verbreitung und haben bei dem taufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Seite 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4 gepaltene Reklamezeile 5.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 299

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Freitag, 30. Dezember 1921 (Liberius)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Die Reparationskommission will Austünfte.

Wien als eigenes Land.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 29. Dez. Der vom Auswärtigen Ausschuss des Reichstages eingesetzte Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der Verträge des Weltkrieges mit ausländischen Despatchesagenten hat dem Ausschuss Bericht erstattet. Er teilt mit, er habe zu den Verträgen keinen Anlass gefunden. **Wien, 30. Dez.** Der Ministerpräsident und der Minister des Innern reisen am 3. Januar nach Cannes ab. **Paris, 30. Dez.** Der Präsident der Interalliierten Kommission in Oberösterreich, General Beron, ist nach Opatowitz abgereist. **Marzelle, 30. Dez.** Der deutsche Kommunist Reumann ist angeblich wegen eines unvorschriftsmäßigen Passes hier verhaftet worden. Er hatte am Kommunistenkongress in Marzelle teilgenommen.

Die Reparationskommission will nähere Auskunft.

Paris, 29. Dez. Die Reparationskommission hat heute abend folgende Mitteilung abgegeben: Die Reparationskommission hat heute nachmittags 4 Uhr, wie bereits angekündigt wurde, die Vertreter der deutschen Regierung, Staatssekretär Fischer, Ministerialdirektor Zandelenburg und Regierungsrat v. Deeken, empfangen. Die deutschen Delegierten richteten an die Reparationskommission die Frage, ob sie für nötig halte, eine sofortige Antwort auf den Brief vom 16. Dezember 1921 zu erhalten. Die Kommission antwortete, daß die deutsche Regierung allein über die Zweckmäßigkeit zu entscheiden habe, es für sie haben könne, auf den Brief der Reparationskommission vom 16. Dezember sofort oder später zu antworten, jedoch könne die Forderung auf Zahlungsausschub, die von der deutschen Regierung in ihrem Brief vom 14. Dezember gestellt worden sei, von der Reparationskommission nicht geprüft werden, bevor sie nicht in ihrem Brief vom 16. Dezember angegeben haben. Die deutschen Delegierten haben also die Reparationskommission, die weiteren Verhandlungen bis morgen oder übermorgen aufzuschieben.

Frankenländische Aufstellungspolitik.

München, 28. Dez. Die Münchner-Augsburger Abendzeitung bringt an der Spitze ihrer heutigen Morgennummer unter der Überschrift „Frankenländische Donaupolitik“ die Nachricht, daß das Abkommen von Lana nur der erste Schritt auf dem Wege sei, Wien zu einer tschechischen Stadt zu machen und damit die Franzosen zu Herren in Osteuropa. Das Blatt gibt die fünf Kernpunkte eines in Prag bereits fertiggestellten Teilungsplanes wieder und bemerkt dazu, daß diese Mitteilung zwar dementiert werden würde, daß sie aber trotzdem richtig sei und zeige, wie Frankreich von Prag aus eine Aufstellungspolitik in die Wege zu leiten versuche und in nicht ungeschickter Weise die Lösung des österreichischen Problems damit verknüpfen möchte. Die fünf Kernpunkte sind demnach: 1. Ungarn wird in Personalunion mit Rumänien vereinigt. 2. Die Tschechoslowakei erhält Wien mit den wichtigsten Bezirken Niederösterreichs. 3. Südbanien erhält Kärnten, die Steiermark und die oberösterreichischen Gebiete bis zur Donau. 4. Italien erhält Nordtirol und Vorarlberg. 5. Bayern wird mit Salzburg und den Westbairischen Bezirken vereinigt, von Deutschland losgerissen und mit den österreichischen Gebieten zu einem neuen Staat vereinigt.

Ein selbständiges Wien.

Wien, 30. Dez. Der Wiener Gemeinderat hat in seiner Eigenschaft als Landtag das Gesetz, das ein selbständiges Wien schafft, einstimmig angenommen. Die Trennung zwischen Wien und Niederösterreich als eigenes Land der Republik Österreich tritt am 1. Januar 1922 in Kraft.

Washington.

Die Konferenz.

London, 28. Dez. „Daily Mail“ berichtet aus Washington, daß der Präsident Harding den Pressevertretern im Weißen Hause mitgeteilt hat, die Verhandlungen über eine neue umfassende Konferenz sollten fort und die diesbezüglichen Abmachungen würden beendet sein, bevor sich die augenblickliche Konferenz verläge. Präsident Harding sei der Ansicht, daß mehr Nationen eingeladen werden müßten, da die fünf Großmächte nicht in der Lage seien, für die anderen Länder Bestimmungen festzusetzen.

ident Harding sei der Ansicht, daß mehr Nationen eingeladen werden müßten, da die fünf Großmächte nicht in der Lage seien, für die anderen Länder Bestimmungen festzusetzen.

Was not tut.

Paris, 28. Dez. Nach einer Havasmeldung aus Washington vertreten einige Delegierten die Ansicht, die Konferenz müsse Erklärungen über die Kontrolle der neuen Kriegswerkzeuge und über die Abfassung eines Kriegsgesetzes abgeben. Mit den Vorarbeiten soll eine Kommission beauftragt werden, die einen neuen in ein oder zwei Jahren zusammenzutretenden Konferenz das Ergebnis ihrer Arbeit mitzuteilen hätte.

Die Stimmung in Japan.

Washington, 28. Dez. Aus Telegrammen, die in der letzten Zeit aus Tokio eingehen, geht hervor, daß die japanische Presse sich energisch der Einschließung des japanischen Festlandes in das sogenannte Viermächteabkommen betreffend den Stillen Ozean widersetzt. Japan dürfte dieser Einschließung nicht zustimmen, solange das Festland der anderen Vertragsunterzeichner ausgeschloffen sei.

Das Reichsentschädigungsamt.

Berlin, 29. Dez. Das Reichsentschädigungsamt für Kriegsschäden nimmt am 1. Januar 1922 seine Tätigkeit auf. Mit diesem Tage geht das Arbeitsgebiet der Geschäftsstelle zur Errichtung des Reichsentschädigungsamtes auf das Amt selbst über. Mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte dieses Amtes ist Unterstaatssekretär Crona beauftragt worden.

Die Novelle zum Umsatzsteuergesetz.

Berlin, 28. Dez. Wie bekannt, berät der Reichstag über eine Novelle zum Umsatzsteuergesetz. Die Verhandlungen können voraussichtlich erst im Laufe des Jahres zum Abschluß gebracht werden. Der erste Ausschuss des Reichstages hat in der ersten Sitzung dem Vorschlag der Regierung, die erhöhte Umsatzsteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1922 in Kraft treten zu lassen, zugestimmt. Hinsichtlich des Steuerfußes steht noch nicht fest, ob der Satz auf 2 v. H., wie der Ausschuss des Reichstages in erster Lesung beschloffen hat, oder 2 1/2 v. H., wie die Reichsregierung vorgelegt hat, erhöht wird. Sollte das Gesetz am 1. Januar 1922 in Kraft treten, so wird von diesem Zeitpunkt an auch die Ausfuhr der Umsatzsteuer unterworfen sein, gleichgültig ob die Gegenstände unmittelbar in das Ausland oder aus einem Ausfuhrhändler geliefert werden. Nur diejenigen Lieferungen, die der Ausfuhrhändler seinerseits ohne vorherige Be- und Verarbeitung ins Ausland vornimmt, sind unter bestimmten Formvorschriften von der Umsatzsteuer befreit. Eine Befreiung von der Umsatzsteuerpflicht der Ausfuhr wird zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt noch gewährt, wenn der Lieferer nachweist, daß der Vertrag über die Lieferung in das Ausland vor dem 1. Januar 1922 mit fester Preisvereinbarung abgeschlossen ist. Weiterhin werden dann vom 1. Januar 1922 an die ersten Umsätze nach der Einfuhr grundsätzlich steuerpflichtig; ausgenommen hiervon werden wahrscheinlich sein: Lebens- und Futtermittel, sowie eine Anzahl für die deutsche Industrie notwendiger Rohstoffe und Halbfabrikate erster Ordnung, z. B. Kupfer, Zinn, mineralische und pflanzliche Öle und Fette, textile Spinnstoffe und Garne und anderes.

Ausdehnung des Eisenbahnstreiks.

Stettin, 29. Dez. Zu dem Ausstand unter den Eisenbahnern im Direktionsbezirk Stettin verlaute unter richtiger Stelle, daß der Deutsche Eisenbahnverband den Ausstand Stettin ausgedehnt hat; in Stettin sollte der Ausstand um 2 Uhr nachmittags für den übrigen Teil des Bezirks um 10 Uhr abends beginnen. In Stettin haben die dem Deutschen Eisenbahnverband angeschlossenen Arbeiter infolgedessen um 2 Uhr die Arbeitsstätten verlassen. Nachmittags konnte der Personenverkehr von und nach Stettin noch aufrechterhalten werden. Wie er sich gestalten wird, wenn die Arbeiter auch auf den anderen Stationen des Bezirks in den Ausstand treten, muß abgewartet werden.

Stettin, 29. Dez. Die Eisenbahndirektion teilte abends 9 Uhr mit: Nach Streikandrohung des Deutschen Eisenbahnverbandes ist heute nachmittags um 2 Uhr auf den meisten Stettiner Bahnhöfen ein großer Teil der Eisenbahnarbeiter in den Streik getreten. Für den übrigen Direktionsbezirk hat der Deutsche Eisenbahnverband den Beginn des Streiks für heute abend 10 Uhr eingelegt. Trotzdem liegen bereits jetzt Nachrichten über Arbeitsniederlegung aus Neuß, Daren, Bonn und Trossdorf vor. Es ist zu erwarten, daß sich die Bewegung weiter ausbreitet. Die Arbeitsniederlegung ist

bisher in Ruhe erfolgt. Annahme und Empfang für alle Güter (auch Gepäck und Expressgut) wird mit sofortiger Wirkung für alle Stettiner Bahnhöfe gesperrt werden. Ausgenommen bleiben nur auf Grund des Rheinlandschienenverkehrs von und an die Befehlungsbehörden. Der Eisenbahndirektionspräsident hat in einem Aufruf an die Beamten- und Arbeiterchaft auf die schweren Gefahren eines Streiks im jetzigen Augenblick hingewiesen und ausgeführt, daß bei den schweren Bedenken an Brennstoffen und Lebensmitteln durch die Unterbindung des Eisenbahnbetriebes für Land und Volk Gefahr und Not heraufbeschworen würden. Er hat an die Beamten und Arbeiter daher den Aufruf gerichtet, sich der schweren Pflichten, die die Eisenbahnverwaltung im Interesse des Volkswohls zu erfüllen habe, bewußt zu bleiben, und die Bitte ausgesprochen, jeder an seinem Teil dazu beizutragen, die regelmäßige Betriebsführung nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten.

Die Eisenbahndirektion Stettin teilte abends 11 Uhr mit, daß sich die Lage wenig geändert hat. Nur an einzelnen Stellen seien noch Eisenbahner in den Ausstand getreten. Bisher konnte der Verkehr aufrechterhalten werden.

Elberfeld, 29. Dez. Es ist bis jetzt gelungen, auf der Strecke Barmen-Mittelsachsen-Köln und -Düsseldorf einen Pendelverkehr in unbedeutenden Zügen abzuhalten. Alle anderen Verkehrslinien ruhen vollständig.

Düsseldorf, 29. Dez. Die Verkehrsverhältnisse sind ungelöst. Von der Düsseldorf-Eisenbahnverwaltung wird gemeldet, daß in der Richtung Elberfeld-Barmen Personenzüge verkehren, soweit es technisch möglich ist. Die Schnellzüge Köln-Elberfeld-Barmen werden vorläufig über Duisburg umgeleitet. Der Güterverkehr von Düsseldorf-Duisburg-Barmen wird durch den Ausstand auf Elberfeld aufhören eingestellt werden. Von Elberfeld gelangen nur vereinzelte Züge nach Düsseldorf.

Essen, 29. Dez. Die Eisenbahndirektion teilt mit, daß im Bezirk Essen der Verkehr ordnungsmäßig aufrechterhalten wird.

Die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes.

Berlin, 29. Dez. Das Wollfische Bureau meldet: Die Behauptung, der Reichsfinanzminister habe in seinem vom 15. Dezember gezeichneten Schreiben an den Deutschen Beamtenbund jegliche Verhandlungen über eine Erhöhung der Dienstbezüge abgelehnt, ist unzutreffend. Lediglich die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes und der Eisenbahnverbände vom 3. Dezember, die einen Mehrertrag von 50 bis 60 Millionen jährlich bedeuten, wurden als unannehmbar bezeichnet und nur eine Verhandlung auf dieser Grundlage abgelehnt. Dagegen erklärte sich der Reichsfinanzminister, wie es wirklich in dem Schreiben heißt, stets bereit, geeignete Vorschläge als Grundlage für Verhandlungen entgegenzunehmen.

Eupen-Malmédy.

Eupen, 29. Dez. Das belgische Gemeinderat wird mit dem 1. Januar zum Teil in Eupen-Malmédy eingegliedert. Das Gebiet wird in drei Kantone eingeteilt: Eupen, Malmédy und St. Vith. Diese bilden zusammen das Arrondissement Eupen-Malmédy-St. Vith, das den anderen belgischen Arrondissements gleichgestellt ist. Die Bürgermeistereien sind abgelehnt und durch Sektionen ersetzt. Eupen umfasst neun deutschsprachige Gemeinden, Malmédy sechs wallonische und vier deutschsprachige. St. Vith elf deutschsprachige Gemeinden. Amtssprache ist die in dem betreffenden Orte herrschende Sprache. Bekanntmachungen der Gemeinden an die Bevölkerung werden zweisprachig veröffentlicht.

Ein Presseminister.

London, 28. Dez. Einer Neuentdeckung aus Athen zufolge hat Angara als erstes Land einen „Presseminister“ in der Person von Athanasios Kallias ernannt. Der früher russische Offizier war, seinerzeit von der Regierung aus Athen, dann die Zeitung „Der Jungfalter“ in Konstantinopel herausgab und während des Krieges Mitglied der Abordnung türkischer Journalisten war, die Deutschland besuchte.

Sagen, 28. Dez. Die Anwesenheit des hiesigen Gefängnisses veranlaßte am zweiten Weihnachtstag mittags eine Art Revolte. Geknurre, Walschritte u. dgl. wurden durch die vergitterten Fenster auf die Straße geschleudert und durch die Rufe „Hohle Wände“ u. dgl. begleitet. Ein paar hundert Gefangene versammelten sich vor dem Gefängnis und schrien: „Hohle Wände“. Die Gefängnisverwaltung ließ sofort die Wachen herbeiführen. Die Gefangenen ließen aber zum Teil aus verzweifelter Schließung der Gefängnisse in der Nacht wieder her. Die Gefängnisverwaltung ließ sofort die Wachen herbeiführen. Die Gefangenen ließen aber zum Teil aus verzweifelter Schließung der Gefängnisse in der Nacht wieder her. Die Gefängnisverwaltung ließ sofort die Wachen herbeiführen. Die Gefangenen ließen aber zum Teil aus verzweifelter Schließung der Gefängnisse in der Nacht wieder her.

Rückblick zur Jahreswende.

Im Gegensatz zu den übrigen geschichtlichen Epochen ist die kath. Kirche von augenblicklichem Erfolg und Mißerfolg, in ihrem Bestehen gar nicht, in ihrem Wirken nur bedingt abhängig. Darum ist es sicher verfehlt, die neuesten Vorgänge im kirchlichen Leben schon jetzt dem großen Bau der Kirchengeschichte einverleiben zu wollen. Immerhin scheint es sich zu lohnen, gerade heute die wichtigsten dieser Vorgänge ins Auge zu fassen.

Die Kirchenpolitik steht im Zeichen der Konföderate, der Verträge zwischen den Regierungen und Rom zur Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse. Bayern dürfte wohl bald abschließen; dann ist ein Reichskonkordat geplant. Groß-Serbien, Rumänien und Griechenland verhandelt im gleichen Sinne, andere Staaten werden folgen. Es ist für die kirchlich-staatlichen Verhältnisse jedenfalls verheißungsvoll, daß sich der beim Vatikan beglaubigten Gesandtschaften seit 1914 mehr als verdoppelt hat. Unter denen, die nach jahrhundertelanger Trennung die Verbindung mit Rom neu aufgenommen haben, ist auch Holland. In Italien ist man sich im Parlament und in der Presse klar darüber, daß das Garantiefest von 1871 keine genügende und ordentliche Regelung der kirchenpolitischen Verhältnisse darstellt. Selbst Frankreich hat wieder Beziehungen zum Vatikan angeknüpft. Heute ist der Bau der Kirche und das Bewußtsein der Gläubigen fester denn je. Vom Sturm des Weltkrieges kaum berührt, eine Macht, auf deren Hilfe beim Wiederaufbau man rechnen kann. So hat Benedikt XV. die augenblickliche kirchenpolitische Lage im geheimen Konfitorium vom 21. November gezeichnet: der hl. Stuhl sei bereit, mit den Mächten in Konföderatsverhandlungen zu treten. Er werde aber nie Bestimmungen unterschreiben, welche der Freiheit oder der Ehre des apostolischen Stuhls zuwiderlägen.

Wollen wir das Verhältnis zum religiösen geistlichen Teil der übrigen Menschheit bestimmen, so dürfte die Formel wohl lauten: Bewegung nach Rom hin. Wir denken nicht so sehr an Massenbewegung. Wir wollen bloß sagen, daß unter den überhaupt noch religiös Verführten da und dort mehr und mehr, sich der Blick Rom zuwenden. Greifen wir einige Tatsachen heraus: In Japan gründeten die Elektricitätsarbeiter der Hauptstadt Tokio an der Hochschule eine Gesellschaft zum Studium der katholischen Religion. Am Kaiserlichen Übergymnasium dort wird ein Verein zum Studium der Religion gegründet. Den Eröffnungsvortrag hielt ein Katholik, P. Hoffmann S. J. Fügen wir es gleich bei: soweit der Ruf an unsere Kirche aus den Missionsländern kommt, antwortet ihm auf unserer Seite ein gesteigertes Missionseifer. Bezeichnend ist, was wir aus Italien wissen: Während die italienischen Diözesen noch vor zwei Jahren für die Missionen bloß 200 000 Lire gaben, trägt heute Mailand allein 238 000. Bergamo sogar 290 000 (gegen 10 000 von früher) bei. Durch Spanien geht zurzeit eine Welle der Missionseifer, bei uns ist die alte Begeisterung noch lebendig. Es steht uns auch wieder mehr als die Hälfte des Weltmissionsfeldes offen. China, Japan, die Philippinen, Südafrika, Südamerika, Kaiser-Wilhelms-Land und Neupommern bleiben uns erhalten. Seit Kriegsende hat über 300 deutsche Missionäre und Missionsschwärmer wieder in die überseeischen Arbeitsfelder ausgezogen.

Die Bewegung nach Rom hin macht sich weiter geltend in der slavisch-orthodoxen Welt. In Groß-Serbien steht die katholische Kirche heute einer schismatischen gegenüber, die der Hauptträger des nationalen Gedankens ist. In der Heimat geriet unter dem Patriarchen von Belgrad sucht und findet sie im Ausland Ansehen an die anglikanische Kirche. Die ersten Früchte dort hinterlassen sind schon gewonnen. Viel härter macht sich die Bewegung nach Rom in Rußland geltend. Das russische Volk ist infolge des furchtbaren Sturms der letzten Jahre wieder religiös geworden. „Unsere Wunden richten sich nach Osten“, sagte der letzte Procurator des hl. Synodus. Meist sein Patriarch einseitig benediktische Politik trieb, hat sich Anatolien von ihm getrennt. Jetzt geht es auch Athen kirchlich selbständig zu werden. So ist Byzanz, der alten Gegend Roms, im Jahre 1921 auch der letzte Schein eines klementinischen Charakters verloren gegangen.

In Rußland ist der Führer der Bolschewiki, der Seite der Altgläubigen, schon zur katholischen Kirche übergetreten. Ob es ihm gelingen wird, wie er hofft, die ganze Seite, 30 Millionen, nach sich zu ziehen? Am stärksten ist der Zug nach Rom in Südrußland. All dem gegenüber beharrt um so schmerzlicher die offene Lage des hl. Vaters im geheimen Konfitorium vom 18. Juni 1921 über die britische und schiedlich antikirchliche Politik in Palästina, über den Seelenhunger der vielen

[illegible]

